

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

300 Libanesen freigelassen

Rosch Hanikra - Israel hat 300 von 735 Libanesen freigelassen, die sich noch in seinem Gewahrsam befanden. Die Häftlinge wurden in Bussen über die Grenze nach Südlibanon gebracht und dort auf freien Fuss gesetzt. Sie gehörten zu jenen Gefangenen, deren Freilassung von schiitischen Geiselnern verlangt worden war.

Tagung des Obersten Sowjets beendet

Moskau - Eine zweitägige Sitzung des Obersten Sowjets ist ohne weitere personelle Veränderungen in der Führungsspitze des sowjetischen Staates beendet worden. Der zweite Sitzungstag war unter anderem Beratungen über die Stärkung von Recht und Ordnung in der Sowjetunion gewidmet.

BRD: Arbeitslosenzahlen stagnieren

Nürnberg - Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik betrug im Juni 2.160.443. Das sind zwar 32.184 weniger als im Mai, aber 2,3 Prozent mehr als im Juni des vergangenen Jahres.

Verhandlungen über Umweltfragen

Bonn - Die Bundesrepublik und die DDR haben die Verhandlungen über Umweltfragen fortgesetzt. Ziel ist eine mehrjährige Vereinbarung über den Umweltschutz mit Arbeitsprogrammen zu einzelnen Themen wie Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung.

Warenzoll blockiert

Chiasso (AP) Durch den seit Anfangs Woche andauernden Streik der Zollbeamten ist am Mittwoch der Lastwagenverkehr am italienischen Warenzoll in Chiasso vollständig zum Erliegen gekommen. Auf beiden Seiten des Grenzübergangs stauten sich am Mittwoch rund 600 Lastwagen, die auf eine Abfertigung durch die streikenden Zollbeamten warteten.

Die Streikenden fordern, dass die Kontrolle der TIR-Lastzüge von 04.00 bis 07.00 Uhr früh und zwischen 19.00 Uhr und 22.00 Uhr der Finanzpolizei überlassen werden soll. Die nächtlichen TIR-Abfertigungen vor allem für verderbliche Ware solle durch den Reisendenzoll in Brogeda und Ponte Chiasso erfolgen, heisst es in den Forderungen, die an die lombardische Zollzentrale gerichtet wurden. Ausserdem wird von den Gewerkschaften eine Personalaufstockung um mindestens zehn Mann verlangt, um den verlängerten Schichtbetrieb garantieren zu können. Falls ihre Forderungen erfüllt werden, wollen die Zollbeamten den Streik sofort abbrechen.

Hiroshima zur atomwaffenfreien Stadt erklärt

Tokio (AP) Die japanische Stadt Hiroshima, die erste von einer Atomwaffe zerstörte Gemeinde der Welt, hat sich am Mittwoch zur atomwaffenfreien Stadt erklärt. Eine entsprechende Erklärung wurde vom Stadtrat Hiroshimas einstimmig angenommen. Gleichzeitig wird in der Entschliessung die Abschaffung aller Atomwaffen gefordert. Die Abschaffung aller Atomwaffen dulde keinen Aufschub, heisst es in der Erklärung des Stadtrates. Sie sei die wichtigste und dringendste Frage und betreffe Leben und Tod der Menschheit.

Hiroshima ist die 439. japanische Gemeinde, die sich zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Beim ersten Atombombenabwurf der Geschichte starben am 6. August 1945 in Hiroshima rund 130.000 Menschen, darunter mehr als 110.000 Zivilisten.

Künftig weniger Erwerbs- und Vermögenssteuern

Auf Antrag der FBP-Fraktion wurde auch der Kinderabzug auf 2400 Franken erhöht

Künftig werden weniger Steuern bezahlt werden müssen. Der Landtag stimmte gestern vormittag nach der Detailberatung der entsprechenden Vorlage einer Reduktion der Vermögens- und Erwerbsteuer einstimmig zu. Auf Antrag von Josef Büchel (FBP) wurde, um eine weitere Entlastung für Familien herbeizuführen, auch eine Erhöhung des Kinderabzuges auf 2400 Franken (bisher 1800 Franken) vorgenommen.

Die Vorlage über die Reduktion der Vermögens- und Erwerbsteuer geht auf eine FBP-Motion zum Ausgleich der sogenannten «kalten Progression» zurück. Die FBP-Fraktion hatte mit ihrem parlamentarischen Vorstoss einen Ausgleich für die teuerungsbedingte Erhöhung des Steuerbetrages gefordert. Durch den Teuerungsausgleich ist das Erwerbseinkommen in den letzten Jahren nominal immer angestiegen, was sich in einem höheren Hinaufrücken in der Progressionsskala bemerkbar machte, ohne dass effektiv eine Erhöhung des Einkommens vorgelegen hätte.

Zweistufiger Ausgleich

Die Regierung hat aufgrund dieses Vorstosses einen zweistufigen Ausgleich der teuerungsbedingten Anhebung der Erwerbseinkünfte vorgeschlagen: Einmal sollte die einfache Steuer auf 0,6 Promille des steuerbaren Vermögens und auf 1,2 Prozent vom steuerbaren Erwerb gesenkt werden. Zum zweiten schlug die Regierung eine Entlastung durch eine Hinaufsetzung des Progressionsbeginns vor. Beiden Anträgen hat der Landtag ohne Gegenstimme zugestimmt. Ausserdem wurde der Erwerb der Ehefrau zur getrennten Besteuerung auf 17.500 Franken angehoben, sofern der Bruttoerwerb beider Ehegatten den Betrag von 44.000 Franken nicht übersteigt, sowie auf 15.000 Franken, wenn der Bruttoerwerb beider Ehegatten diesen Betrag übersteigt.

Anhebung des Kinderabzuges

Auf Antrag des FBP-Abgeordneten Josef Büchel wurde vom Landtag auch der Kinderabzug massiv angehoben. Für jedes nicht erwerbstätige Kind unter 16

Jahren und für jedes Kind über 16 Jahren, das eine Schule besucht, sich in einer Berufslehre befindet oder erwerbsunfähig ist, konnte der Steuerzahler bisher einen Freibetrag von 1800 Franken geltend machen. Nach dem Antrag Büchel, dem der Landtag ebenfalls einstimmig folgte, wird dieser Betrag künftig 2400 Franken betragen, was für kinderreiche Familien mit niedrigem Einkommen eine gewichtige Entlastung darstellen wird.

Weniger Steuereinnahmen

Das vom Landtag verabschiedete Gesetz wird erstmals im Jahre 1985 für die das Jahr 1984 betreffende Vermögens- und Erwerbsteuer Anwendung finden. Der Kinderabzug soll erst im nächsten Steuerjahr berücksichtigt werden, da die Steuererklärungen für 1984 bereits ausgefüllt sind.

Die Reduktion der Erwerbs- und Vermögenssteuer wird für den Staat einen Einnahmenverlust von rund 4 Millionen Franken bringen. Für die Gemeinden rechnet die Regierung mit einem Minderertrag von 8,3 Millionen Franken.

Erhöhung der Sitze, Verzicht auf Stellvertreter

FBP-Fraktion reichte im Landtag eine Motion zur Erweiterung des Landtags ohne Stellvertreter ein

Vor dem Eintreten auf die Tagesordnung stellte an der gestrigen Landtagssitzung FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann einen Tagesordnungsantrag, um die von der FBP-Fraktion vor zehn Tagen schriftlich eingereichte Motion zur Erhöhung der Mandatszahl bei gleichzeitigem Verzicht auf die stellvertretenden Abgeordneten noch vor der Sommerpause behandeln zu können. Dem Antrag wurde, nachdem VU-Sprecher Georg Gstöhl grundsätzliche Reserven gegen ein derartiges Ansinnen angemeldet hatte, schliesslich stattgegeben. Über die Einbringung der Motion soll am Schluss der Sitzung beraten werden.

FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erinnerte daran, dass die Motion eingereicht worden sei, um sie an der gestrigen Sitzung zu behandeln. Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter wollte diesen parlamentarischen Vorstoss jedoch erst anlässlich der ersten Herbstsitzung behandeln lassen. Nachstehend die

Ausführungen des FBP-Fraktionssprechers:

Wir werden im Verlauf der heutigen Sitzung das Ergebnis der Volksabstimmung vom 31. Mai/2. Juni 1985 über die beiden Verfassungsinitiativen zur Vergrößerung unseres Parlamentes zur Kenntnis nehmen. Wenn auch keine der beiden Initiativen das absolute Mehr der Stimmen erreichte, so kam doch klar zum Ausdruck, dass die Stimmbürgerinnen und -bürger eine Erhöhung der Mandatszahl befürworten. Über 80 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen sagten Ja zur Vergrößerung des Landtags, wenn die zustimmenden Voten für die beiden Initiativen zusammengezählt werden.

Dieses Ergebnis kann man nach unserer Auffassung als einen Auftrag interpretieren, ein neues Verfassungsgesetz im Landtag zu beraten und zu beschliessen.

Dabei stehen wir aber unter Zeitdruck, da die Legislaturperiode Ende dieses Jah-

res zu Ende geht und im Februar 1986 ein neuer Landtag gewählt werden muss. Deshalb sollten wir uns bis nach der Sommerpause auf einen entsprechenden Vorschlag einigen, um ihn im Landtag verabschieden zu können.

Keine Verzögerung in einer so wichtigen Frage

Der Präsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei hat sich zwei Tage nach der Abstimmung an den Präsidenten der Vaterländischen Union gewandt und zwischenparteiliche Gespräche vorgeschlagen. Als Termine für diese Verhandlungen schlug Dr. Herbert Batliner den 10., 17. und 24. Juni 1985 vor. Am 18. Juni verdankte Dr. Otto Hasler das Schreiben vom 4. Juni. Ferienhalber sei er nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig auf die Vorschläge des FBP-Präsidenten zu antworten. In der Präsidiumssitzung vom 24. Juni werde das VU-Präsidium die Vorschläge für zwischenparteiliche Gespräche beraten.

Die FBP-Fraktion betrachtete diese Antwort als Verzögerung einer für unsere politische Zukunft sehr wichtigen Frage. Wir sind es unseren Wählerinnen und Wählern aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 31. Mai/2. Juni dieses Jahres schuldig, noch vor den nächsten Landtagswahlen eine Vergrößerung unseres Parlamentes vorzunehmen, damit unser Volk besser repräsentiert wird und damit vor allem auch die Frauen eine echte Chance haben, im Landtag gut vertreten zu sein. Die späte Antwort des VU-Parteipräsidenten empfinden wir ganz besonders als Hinhaltenakt und gezieltes Aufschieben, als wir in der Vaterland-Ausgabe Nr. 134 lesen konnten, dass der Landesvorstand der Vaterländischen Union am Montag, den 17. Juni 1985 unter dem Vorsitz des Parteipräsidenten Dr. Otto Hasler eine Sitzung abgehalten hatte.

Spätestmöglicher Zeitpunkt

Die FBP-Fraktion sah sich deshalb veranlasst, eine Motion einzubringen und ersuchte den Landtagspräsidenten, sie auf das Traktandum der heutigen Landtagssitzung zu setzen. Die Juli-Sitzung ist unserer Ansicht nach der spätestmögliche Zeitpunkt für einen diesbezüglichen parlamentarischen Vorstoss, damit die notwendige Erhöhung der Abgeordnetenanzahl verwirklicht werden kann.

Aus sachlichen und zeitlichen Gründen ersuche ich Sie im Namen der FBP-Fraktion, unserem Tagesordnungsantrag zuzustimmen.

Der Text der Motion ist an anderer Stelle dieser Ausgabe publiziert.

KOMMENTAR

Die derzeitige Mehrheitsfraktion ist für rasches Bearbeiten und mindestens so rasches Verabschieden von Regierungsvorlagen. Langes Debattieren oder die Bildung einer parlamentarischen Kommission, die sich in aller Ruhe mit den Vorlagen, mit den dazu aufgeworfenen Fragen und den damit zusammenhängenden Problemen befassen sollte, scheint ihr je länger je mehr ein Greuel zu sein. Der «Gründungsakt» einer Kommission zur Überarbeitung der Wohnbauförderungs-

Beschränkt oder eingeschränkt?

vorlage von gestern vormittag stellt das jüngste Beispiel der bereits langen Kette derartiger Vorkommnisse dar. In einer recht langen Auseinandersetzung zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition, in deren Verlaufe ein VU-Abgeordneter seinen Begriff vom «Debattierverein» erneut unter seine Kollegen brachte, bequeme sich die Mehrheit schliesslich zur Bildung einer Kommission - freilich nur mit Einschränkungen.

Die Kommission sollte sich nach Auffassung der VU-Fraktion nur mit einem Teil der Vorlage befassen, ein paar Scharfmacher gar wollten die Kommissionsarbeit auf eine genaue Zeit beschränken.

So konnte nicht verhindert werden, dass der Begriff «beschränkte» Kommission die Runde machte - in der doppelten Bedeutung des Wortes. Es bleibt zu hoffen, dass sich schliesslich doch die Auffassung durchsetzt, eine «eingeschränkte» Kommission taugt nichts. Die Kommission selbst sollte diesen Mut aufbringen.

(G.M.)

Wohnbauförderung

Widerstand gegen Regierungsvorlage

Die Bedenken verschiedener Abgeordneter gegen den Vorschlag der Regierung zur Änderung der Wohnbauförderung konnten auch nicht durch zusätzliche Angaben der Regierung ausgeräumt werden. Wie sich bei der Detailberatung gestern im Landtag zeigte, waren sich die Landtagsabgeordneten über die Zielsetzung, nämlich eine verstärkte Förderung der verdichteten Bauweise, einig. Keine Übereinstimmung kam jedoch in der Frage der Ausschüttung von Subventionen für bereits länger bestehende Objekte zustande. Die Regierung hatte vorgeschlagen, bei einem An- oder Aufbau einer Wohneinheit eine Bausubvention von 10.000 Franken für das bereits bestehende Objekt auszurufen. Damit sollte ein Anreiz geschaffen werden, eine bessere Nutzung der Bauareale zu erreichen. Eine solche generelle Förderung ohne Beschränkung wollten Abgeordnete der FBP-Fraktion jedoch nicht zulassen. Vor allem Noldi Frommelt setzte sich in einem engagierten Votum, das er erst nach längerem Hin und Her über die Bestimmungen der Geschäftsordnung halten konnte, mit der Regierungsvorlage und den darin enthaltenen Problemen auseinander.

Schliesslich stimmte der Landtag einer Kommission zu, die sich nach Ansicht der VU-Fraktion nur mit diesem speziellen Anliegen befassen sollte, während die FBP-Fraktion die Ansicht vertrat, sich bei einer Bearbeitung durch eine Kommission keine Fesseln aufzuerlegen.

Die Vorlage wird zweifellos im Herbst wieder in den Landtag kommen, da die Kommission die Auflage mitgenommen hat, sich möglichst speiditiv mit den aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen.

FBP

FBP-Sekretariat

Telefon 25395

Ehrung für Albert Caminada

Jahresversammlung des Vereins für Heilpädagogische Hilfe



Im Mittelpunkt der Jahresversammlung des Vereins für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein vom letzten Dienstag im Zentrum Schaan stand die Ehrung des seit 1972 amtierenden Geschäftsführers Albert Caminada durch I.D. die Erbprinzessin. Die Präsidentin des Vereins bezeichnete den Akt der Ehrung und Auszeichnung als ihre schönste Aufgabe an diesem Abend. Albert Caminada, der nach 14jähriger verdienstvoller Tätigkeit aus diesem Amt scheidet, wurde auch zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Anstelle des Geschäftsführers tritt nun neu ein Dreierausschuss, und die Gesamtleitung wurde in eine Direktion mit HPZ-Leiter Armin Meier an der Spitze umfunktioniert. Zum Vereinsvizepräsidenten wählte die Versammlung Fürst. Rat Dr. Alfred Hilbe, und der Präsident des Invalidenverbandes, Ernst Senti, wurde Mitglied des Vorstandsgremiums. Unsere Aufnahme zeigt I.D. die Erbprinzessin während der Übergabe der Ehrenurkunde an den scheidenden Geschäftsführer Albert Caminada. Ausführlicher Bericht über den Verlauf der Jahresversammlung finden Sie im Innern der vorliegenden Ausgabe. (Bild: Eddy Risch)